

Der Zentral-Arbeiter

Bereinzelt seid ihr nichts - Vereint alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstraße 6/7 II - Fernspr.: Köpenick 1076 - Postfach-Nummer Berlin 5386 - Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Beigeben die dreispaltige Kleingeld 10 Mark und Verbandsgeber sind an Ditts 36 m 6, Berlin D 27, Magazinstraße 6/7 II, zu richten - Bezug nur durch die Post Preis vierteljährlich 6 Mark und Beleggeld

Inhalt: Das ist der Geist (Gedicht). - Zum Kampf um die Erhaltung der 46stündigen Arbeitswoche. - Ausbeuterpack. - Zur Zersplitterungstätigkeit der Moskauer in den Gewerkschaften. - Ein Brief unseres internationalen Sekretärs Shaw über Russland. - Erntelied. - Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet am Märzstichtage (Schluß). - Sinnpruch. - Entwurf eines Arbeitsstärkengesetzes. - Die Widerständigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. - An alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellte und Betriebsräte. - Berichtigung. - Aus den Gewerkschaften. - Aus der Textilindustrie. - Soz. Rundschau. - Aus Handel und Industrie. - Gerichtliches. - Vermischtes. - Berichte aus Fachkreisen. - Ein neues Lied von den Webern. - Literatur. - Bekanntmachung. - Unterhaltungsteil. - Der Reinfall (Schluß).

Zum Kampf um die Erhaltung der 46 stündigen Arbeitswoche.

Der Hamburger Schlichtungsausschuß hat sich unter dem Vorsitz des Herrn Landrichters Sunfeld das zweifelhafteste Verdienst erworben, dem Unternehmertum der Textilindustrie zu Hilfe gekommen zu sein, um die bisherige 46stündige Arbeitswoche zu beseitigen. Er hat einen Schiedspruch gefällt, der in jeder Hinsicht bedenklich ist und alle Merkmale der Parteinahme an sich trägt. Der Schiedspruch lautet:

„Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 (achtundvierzig) Stunden.

Falls die Parteien für den Sonnabend, sowie für die Tage vor Weihnachten und Neujahr eine Verkürzung der täglichen achtstündigen Arbeitszeit vereinbaren, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werttage verteilt werden.“

Neben der Verlängerung der Arbeitszeit wird hier noch der Durchbruch des Achtstundentages das Wort geredet. Also, alles was die Unternehmer verlangen, gewährt ihnen der Schiedspruch des Hamburger Schlichtungsausschusses.

Der Schlichtungsausschuß in Hamburg hat, ohne die bestehenden Abmachungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie zu beachten, den Schiedspruch gefällt. Obwohl diese Abmachungen seitens der Unternehmer gekündigt sind, müssen sie doch als fortbestehend gelten, so lange nicht ein neues Abkommen an ihre Stelle tritt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben sich in dieser Frage noch nicht einigen können. Der Schiedspruch des Hamburger Schlichtungsausschusses kommt dieser Einigung nur zuvor und fällt einen für die Unternehmer günstigen Schiedspruch. Wir nehmen an, daß dieser Schiedspruch durch die entscheidende Stimme des Vorsitzenden gefällt worden ist. Wenn dies der Fall ist, dann ist der Schiedspruch um so bedenklicher. Für eine Verlängerung der Arbeitszeit in der Textilindustrie liegt volkswirtschaftlich nicht der geringste Anlaß vor. Im Gegenteil, es spricht alles gegen dieselbe. Der Hamburger Schiedspruch ist ein Fehlpruch, der lediglich nur dem Unternehmerinteresse dient. Er dient nicht dem wirtschaftlichen Frieden, sondern fordert den Kampf heraus.

Der Schiedspruch zeigt aber auch, auf wech bedenklichem Boden das ganze Fundament der Schlichtungsausschüsse ruht, und die Arbeiterschaft hat alle Ursache, gegen die Schlichtungsausschüsse berechtigtes Mißtrauen zu hegen.

Ausbeuterpack.

Vom 7. März bis 15. April 1921 war die gesamte Textilarbeiter-Schaft Dänemarks (ungefähr 10 000 Textilarbeiter) von dem Unternehmertum ausgesperrt. Die Aussperrung wurde von dem Unternehmertum deshalb durchgeführt, weil die Arbeiterschaft nicht in eine 20-25prozentige Lohnreduktion einwilligte. Die Aussperrung wurde von den Unternehmern in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit durchgeführt; der größte Teil der dänischen Textilarbeiter-Schaft war zirka 1/2 Jahr arbeitslos. Die große Arbeitslosigkeit mußte die Kampfposition der Arbeiterschaft recht ungünstig gestalten, sie konnte indessen auch nicht die Lohnreduktion vollständig abwehren, sondern mußte eine 7-8prozentige Lohnreduktion hinnehmen. Wie ungünstig die Kampfposition der Arbeiterschaft war, geht auch aus der Tatsache hervor, daß, nachdem der Kampf beendet ist, die Betriebe nur teilweise oder mit stark verkürzter Arbeitszeit in Gang gesetzt werden.

Im August soll eine neue Regelung der Löhne vorgenommen werden.

Die dänischen Unternehmer hatten sich für diesen Kampf besonders gerüstet. Während der Kriegsjahre haben sie ungeheure Profite eingekassiert und konnten unter den ungünstigsten Verhältnissen den Kampf vom Zaune brechen, und der Arbeiterschaft aufzwingen, weil für sie dabei nicht das geringste Risiko in Frage kam.

Das Ausbeuterpack gleicht sich in der Gesinnung überall!

Der Kampf hat 1/2 Millionen Kronen erfordert, obwohl der Verband die Unterstüzungen bis auf 1/2 ermäßigt hatte. Eine Anzahl ausländischer Organisationen hatte der dänischen Bruderorganisation finanzielle Hilfe zuteil werden lassen. Auch der Deutsche Textilarbeiter-Verband hatte 100 000 M. zur Durchführung des Kampfes beigegeben.

Daß die dänische Textilarbeiter-Schaft diese Lohnreduktion hinnehmen mußte, ist bedauerlich, jedenfalls aber stärkt diese Tatsache die Textilarbeiter-Schaft daran, daß sie die Schwärze bei der ersten besten Gelegenheit wieder auszuweichen in der Lage ist.

Zur Zersplitterungstätigkeit der Moskauer in den Gewerkschaften.

Die R. A. P. D. setzt ihre arbeiterschädigende Tätigkeit fort.

Die Reichsgewerkschaftszentrale der R. A. P. D. beruft in Nr. 14 des „Kommunistischen Gewerkschafter“ eine Reichskonferenz der Bekleidungs-, Textil- und Lederarbeiter ein.

Die Einladung lautet:

Reichskonferenz der Bekleidungs-, Textil- und Lederarbeiter.

Am Sonntag, den 22., und Montag, den 23. Mai d. J., findet in Erfurt, Krämpferstr. 25, im Lokal Pfalzburg, vormittags 9 Uhr, eine Reichskonferenz für folgende Berufe statt: Bekleidungsarbeiter, Textilarbeiter, Hutmacher, Kürschner, Schuhmacher, Sattler, Lederarbeiter.

Die Tagesordnung lautet:

- 1. Der Kampf der Gewerkschaftsbureaucratie gegen die kommunistisch denkenden Mitglieder in den Verbänden.
2. Wahl einer Delegation zum Internationalen Gewerkschaftskongress in Moskau.

Alle in der R. A. P. D. organisierten Mitglieder dieser Verbände sind verpflichtet, sofort in allen Orten zusammenzutreten und Delegierte für die Reichskonferenz zu wählen. Auch mit uns sympathisierende Kollegen können an dieser Konferenz teilnehmen. Alle zur Konferenz delegierten Kollegen haben sich nach erfolgter Wahl von der Bezirksleitung der R. A. P. D. ein Mandat ausstellen zu lassen. Dieses Mandat wird vor Beginn der Konferenz nachkontrolliert.

Die Reichsgewerkschaftszentrale der R. A. P. D. Beirat für Bekleidungs-, Textil- und Lederarbeiter, Berlin C. 25, Münzstr. 24, Gewerkschafts-Abteilung.

Die kommunistischen Parteizeitungen haben die Einladung zu dieser Konferenz bereits veröffentlicht. Mißlich werden die kommunistischen Angestellten und Mitglieder des Verbandes wohl schon in nächster Zeit zu dieser Konferenz Stellung nehmen.

Dieser Aufruf beweist, daß die kommunistische Partei auf Befehl der Moskauer Diktatoren planmäßig mit allen Mitteln darauf hinarbeitet, die Gewerkschaften zu willenlosen und rechtlosen Werkzeugen der kommunistischen Internationale zu machen. Diese Bestrebungen sind verwerflich, weil sie die Gefahr der Zersplitterung der Gewerkschaften in sich bergen. Obwohl in unserer Organisation der Einfluß der Kommunisten ein verschwindend geringer ist, ist das Vorgehen der R. A. P. D. beachtlich. Jedenfalls werden unsere Verbandsinstanzen dafür sorgen, daß diese Zersplitterungstätigkeit unterbunden wird.

Das ist der Geist!

Das ist der Geist, der um die Höhen kreist und der die Tiefen füllt: der heilige Geist.

Kein hohles Ding, kein wesenloser Schein: lebendig Feuer und unendlich Sein.

Dein Auge sieht, dein Ohr vernimmt ihn nicht; ihn fühlt dein Geist, der Licht von seinem Licht!

Er ist es, der im Lied des Dichters weht, der in des Denkers Stirn zum Höchsten strebt!

Er ist es, der den starren Stoff bezwingt, mit Formenreiz und Farbenglut durchdringt.

Wer eine Welt voll kühner Schöpferkraft, wie sie ein Gott erfunden, nachgeschafft, -

Wer in der Forschung Tiefen sich versenkt und die Gedanken ewiger Liebe denkt, -

Und wer der Menschheit lichte Pfade weist aus Glends Nacht, ist Geist von seinem Geist.

Sein Odem weht, wo laut das Kampfhorn klingt, und wo das Volk nach Recht und Freiheit ringt;

Sein Sturmwind braust und seine Flamme loht, wen er berührt, den rührt nicht Not und Tod.

Und ob er sprach in fremder Junge Bann, verständlich wird sein Wort für jedermann.

Vieltausend Flämmchen fuhren erdenwärts: in roter Lohe steht des Volkes Herz.

Der Zukunft Himmel ist ihm aufgetan, vom Sturm verflüht der graue Lügenwahn.

Die letzte Kette schmilzt im Wetterschlag - und P f i n g s t e n kommt, der Völkervereiertag.

Und über der erlösten Menschheit kreist auf Taubenschwingen Licht, der Weltengeist.

Klara Müller-Jahnte

Ein Reinfall.

Von Emil Rosenow.

II. Spätnachmittag war's. - Keuchend und schwiegend fuhr die Taub-Marie von Schwarzenberg wieder heimwärts. Wenn sie nur ihr Häufel vor Dämmerung noch erreichte! Nach Schwarzenberg war's ja rasch gegangen, aber nun hatte sie die Berge zu fahren, und noch dazu mit dem Paket.

Der verfluchte Packer! Lauter Gedrucktes. Wozu brauchten die Leute all' das noch zu lesen? Hatten sie nicht genug am „Schneeberger Volksfreund“ und am „Ortsblatt“? Sie wurden ja doch nicht geheimer!

Seufzend hatte sie sich zur Raft auf den Karrenrand gesetzt, als sie von zwei Arbeitern überholt wurde, die von Schwarzenberg nach Lauter gingen. Sie grüßten. „Tag ol, Tag ol, Baumgärtel-Stücker,“ dankte die Alte freundlich. „Wan host denn da bei dir?“

Die beiden traten zu ihr, und der Stücker schrie ihr ins Ohr: „Hörh... das is mei' Bletter aus Lapp'... e Schriftseher, verheßt? ... Su aner, der se macht, die Zeitungen.“

Die Alte karzte den Leipziger mit weit aufgerissenen Augen respektvoll an. Der tippte mit dem Finger auf den Karren. „Is wohl schwer, Mutter?“

„Nu do“, machte die Taub-Marie und schlug das Tuch zurück. „Da freffen Se amol das Päckel an. Das ho' ich für'n Herrn Vorstand beim Tröbel-Roosmich g'holt. Ni' amol'n Schnäppl hot' mir gaben... rein for nicht schleppt mer sich mit so an Luberzeug rum.“

Der Leipziger Schriftseher steckte recht unverschäm't seine Nase in den Karren. „Das... ei Gottverdimmian!... das sein ja Flugblätter, Mutter. Laßt doch seh'n...“

Er zog ein Blatt heraus. Der Stücker rechte den Kopf über des Leiters Schulter, und dann lasen sie sehr aufmerksam das Blatt. Es dauerte lange, und was sie schließlich sprachen, verstand die Marie nicht. „Das ist also das Flugblatt der Rarsteller“, sagte wohl der Leipziger. „So 'ne Lügen“, schimpfte der Stücker, „mir wollten alles d'heelen. So 'n abgestandener Mist!“

Da die Taub-Marie keine Zeit mehr hatte, überließ sie den beiden das Flugblatt und zog ihren Karren pustend weiter, den Berg hinan.

Er flüsterte ins Ohr des anderen. Jetzt brach auch der in ein schallendes Gelächter aus. Sie lachten so, daß sie sich auf den Meilenstein am Wege setzen mußten. „Das wär' a Ding“, jubelte der Stücker, „aber ich mach's nicht... ich mach's nicht...“

„Dann mach ich's“, sagte der Schriftseher, „wo find die Flugblätter?“ - „Die sein in Lauter...“ der Langer-Albin hot erlcht gestern a Stücker leshshundert nuffgeschickt. Ich mecht wetten, daß se 's nich merken. Do is der Müllerbauer Ermischer Vorstand, der liest se nich ercht.“ Und wieder lachten beide hell auf. Noch ein kurzes Betarschlagen, dann sah man den Schriftseher querfeldein auf Lauter zutennen.

Die Taub-Marie war inzwischen rüstig über Lauter hinausgeschritten, rechts abgelenkt und wollte eben die Schwarzwasserbrücke nehmen, als neben ihr, schweiktriefend, der Schriftseher auftauchte. Er hatte einen mächtigen Packer auf der Schulter, im nämlichen braunen Papier wie der ibrige.

„Ei, du Gottchen“, machte die Marie verwundert, „do sein Sie doch schon wieder! Und mit 'nem Päckel?“

Der Schriftseher machte ein verdrießliches Gesicht. „Nach Zwönitz muß ich 'nein“, schrie er ihr in die Ohren. „Verdammt weit, Mutter!“ Die Marie bedauerte ihn so gründlich, daß sie dabei stehen blieb, und da gerade vom Wirtshaus am Wege des Teufels Arm winkte, so frug er: „Trinken Se 'nen Schnaps mit, Mutter? 'nen feinen Pfefferminz!“ Die Alte strahlte. „Warum denn nicht? So 'nen schönen, jungen Menschen trifft man doch nicht alle Tage!“

„Dann werd' ich derweile mein Päckel in Wägel legen“, meinte der Schriftseher, tat so, und dann traten sie beide ins Wirtshaus. Wie nach einer halben Stunde die Marie wieder ihres Weges zog, war sie guter Dinge. Der nette Mensch! Er hatte ihr sogar ein Ränfchel mit Rühkäse gekauft. Dann hatte er seinen Packer aus dem Karren genommen und sie ziehen lassen.

Gegen Abend hielt sie vor dem Hause des Gemeindevorstandes. Der Herr Vorstand öffnete das Paket, und nachdem er sich überzeugt hatte, daß Flugblätter darinnen seien, meinte er: „s is schon recht... Und 's Geld?“

„Was for Geld?“ fragte die Marie spitz. „Nu, er wird dir doch Geld mitgeben ha'm for's Verdheelen. Sie macht doch Keener nicht umfunsten.“ Doch die Marie blieb trozig dabei: „Ich ho' lee Geld: Dar gibt Eenen nich amol an Schnaps, varwinger Geld.“

Der Herr Vorstand fluchte. Sollte er denn die Blätter auf seine Kosten verteilen lassen? Doch da erbarmte sich der Ortsdiener. „Ich wer'ich machen, Herr Vorstand“, sagte er grohartig. „Glei ihe wer'ich se noch breit schaffen. Ihe sein de Leite d'rheeme, da lafen se 's noch.“

„Gutt, gutt“, sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder“. Und der Ortsdiener schob die Dienstmütze zurecht, zog den Rock stramm, nahm den Packer Flugblätter unter den Arm und alsbald sah man ihn dienstfertig von Tür zu Tür gehen.

Etwa dreiviertel Stunde später trat der Herr Pastor bei dem Gemeindevorstand ein. Er hot kurz guten Abend.

„n Abend, Herr Pastor“, dankte der Vorstand. Der Lehrer hot sich noch nich g'stellt. Er will sich emol von Ih'n nicht sag'n loss'n, spricht r.“

„Ich komme nicht wegen des... des Schulmeisters“, erwiderte der Pastor. Und aufrecht, wie ein Erzengel Michael beim jüngsten Gericht, wies er ein Flugblatt vor, mit hohler Kanzelstimme fragend: „Herr Vorstand, seit wann ist es Sitte, daß der Ortspolizeidiener sozialistische Flugblätter austrägt?“

Der Gemeindevorstand riß Mund und Nase auf. „Wie, w-a-s? Sozialisch? ... Sie wollen mich wohl veralbern?“

„Durchaus nicht. Er sagt, Sie hätten es ihm geheihen, und er hat sich auch in der Verbreitung nicht hindern lassen. Hier... lesen Sie, hier wird empfohlen, in ganz Sachsen sozialdemokratische Kandidaten zu wählen.“

Der Herr Vorstand suchte mit den Händen nach einer Stütze. Da hielt draußen der Botenfuhrmann seinen Schimmel an und reichte einen Brief durch's Fenster, den ihm in Lauter ein Unbekannter zur Belorgung gegeben hatte. Der Brief lautete kurz:

„Hochverehrter Gemeindevorstand! Gott Zufall hat gewollt, daß unsere Flugblätterpakete vertauscht wurden. Hoffentlich haben Sie meine Blätter den Wählern schon zustellen lassen; das gleiche mit den Ihren zu tun, lehne ich ab. Lassen Sie sich keine grauen Haare wachsen, denn der Staat wird nicht umstürzen, und so gründlich und wahrheitsgetreu, wie in dem Flugblatte, sind Ihre Bauern gewiß noch nie über die Sozialdemokraten aufgeklärt worden.“

Ein Schwarzkünstler aus einer deutschen Seestadt.

„Su an Lump von 'n Sozialer hot mich mit'n Flugblatt'n beschwindelt“, heulte der Vorstand. „De falschen Flugblatt'n sein verteilt!“ Und zerknirscht sank der Ortsgewaltige in seinen Lehnstuhl.

Die Sonne schien an der prompten sozialistischen Flugblattverbreitung im oberen Erzgebirge ihre Freude zu haben. Ihre scheidenden Strahlen vergoldeten das graue Glend in der Gemeindeflube. Die Gefächter des Vorstandes, des Gemeindevorstandes und des Pastors hatten eine Form angenommen, die lebhaft an die Pflügel des Gemeindeführers erinnerten. Die Schwarzluft hatte diesmal wieder gesiegt.

Gegenüber zum Vormonat alle bisher schon übertragene: in der Masse und auch in der Erhöhung des Prozentverhältnisses. (Eine ausführliche tabellarische Darstellung der Mitgliederbewegung, wie sie durch die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählungen pro März erfasst werden konnte, wird wie bisher im „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht werden.)

Die am Stichtage bei der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung erfasste Mitgliederzahl: 550 647 ist nicht absolut einwandfrei, weil die nichtberichtenden Filialen mit dem Mitgliederbestand des Vormonats eingestellt werden mußten. Die von der Hauptassistentenverwaltung auf Grund der Quartalsabrechnungen der Filialen ermittelte Mitgliederzahl ist meist erheblich höher, so beispielsweise im Vorjahre um mehr als 500 Mitglieder. Da diese richtigen Mitgliederzahlen aber erst einige Monate später festgestellt werden können, würde ein Warten darauf die Aktualität unserer Publikationen gänzlich aufheben.

Vergleichende Uebersicht der Arbeitslosenbewegung
Tabelle 2.
im Februar und März.

Gau	Mitgl. im Februar	Arbeitslose im Februar		Mitgl. im März	Arbeitslose im März	
		insgef.	%		männl.	weibl.
Hannover	28 532	2 531	9,3	28 812	84	0,9
Cassel	18 817	550	3,2	19 099	215	2,8
Barmen	69 196	3 791	5,5	69 403	1 784	2,5
Stuttgart	52 902	891	2,4	53 132	179	1,2
Augsburg	44 170	1 158	2,7	43 216	212	1,3
Gera	24 536	446	1,8	24 566	141	1,4
Dresden	211 837	15 103	7,2	212 771	4 974	2,3
Liegnitz	50 485	1 323	2,6	50 935	139	1,0
Berlin	48 409	1 275	2,7	48 113	332	2,3
Verband	548 930	27 067	5,2	550 647	8 060	4,3

(Die Prozentziffern dieser Tabelle beziehen sich nicht auf die gesamte Mitgliedschaft der Gawe, sondern auf die berichtenden Mitglieder.)

Die Zahl der **Wollarbeitslosen** ist gegen den Vormonat relativ und absolut gesunken: Bei der Gesamtmitgliedschaft von 27 067 auf 25 157, also um 1910 oder 0,5 Prozent; bei den männlichen Mitgliedern von 9432 auf 8060, d. h. um 1372 oder 0,8 Prozent, und bei den weiblichen Mitgliedern von 17 636 auf 17 097; das sind 539 Mitglieder oder 0,3 Prozent weniger als im Februar. Auf je 100 Mitglieder entfielen im Februar 5,1 männliche, 5,2 weibliche, auf den Gesamtverband 5,2 Arbeitslose. Im März kamen auf je 100 Männer 4,3, auf je 100 Frauen 4,9 und auf je 100 Köpfe der Gesamtmitgliedschaft 4,7 Arbeitslose.

Die Arbeitslosenziffer unserer Gawe ist nicht gleichmäßig gesunken, im Gegenteil: der Gau Barmen hat rund 300, der Gau Gera etwas mehr als 100 und der Gau Berlin fast 600 Arbeitslose mehr als im Vormonat. Weniger Arbeitslose haben in runden Zahlen die Gawe Hannover: 1500, Cassel: 30, Stuttgart: 270, Augsburg: 440, Dresden: 240 und Liegnitz: 450. Die Arbeitslosigkeit des März in Prozenten ausgedrückt ergibt folgende Gaweihenfolge: Dresden 7 Prozent, Barmen 6,1 Prozent, Berlin 4 Prozent, Hannover 3,8 Prozent, Cassel 2,7 Prozent, Gera 2,3 Prozent, Augsburg und Liegnitz je 1,7 Prozent und Stuttgart 1,4 Prozent. Auffallend ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Gau Hannover mit 5,5 Prozent gegen den Vormonat.

Bei der Feststellung der Arbeitslosen nach Quartalen ergeben sich insofern einige Schwierigkeiten, als Arbeitslose von einem Monat in den anderen und ebenso auch von einem Quartal zum anderen erwerbslos sind, aber nur einmal von der Quartalszählung erfasst werden dürfen. Die entsprechenden Zählungen der Arbeitslosen ergaben für die drei ersten Monate des Jahres 1920 bei durchschnittlich 461 314 Mitgliedern 32 713 oder 7,1 Prozent Arbeitslose, im vierten Quartal 1920 im Mittel bei 522 707 Mitgliedern 46 001 oder 8,8 Prozent Arbeitslose; im ersten Vierteljahr 1921 bei durchschnittlich 547 236 Mitgliedern 61 049 oder 11,2 Prozent Arbeitslose. (Diese Prozentziffern sind auf die jeweiligen Gesamtdurchschnitts-Mitgliederzahlen berechnet.) Im 1. Quartal 1921 wurden 875 892 M. Arbeitslosen-Unterstützung an 16 893 Mitglieder gezahlt, im vorigen Quartal 506 951 M. an 10 812 Mitglieder.

Alle Vierteljahre findet auch eine **Arbeitslosenzählung** nach Ländern und Landesteilen statt und zwar in 13 Gruppen. Ueber das Ergebnis dieser Zählung ist bis zum 15. des folgenden 1. Quartalsmonats dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung zu berichten. Bei den Ländern und Landesteilen ist keine Gruppe, die unseren Gaweabrechnungen entspricht. Beim Freistaat Sachsen liegt es am günstigsten; hier ist nur Eisenburg auszufallen und der Gruppe Provinz Sachsen und Anhalt hinzuzufügen; aus der Gruppe Württemberg, Baden und Hohenzollern werden Erbach und die pfälzischen Filialen Kusel, Lambrecht, Kaiserslautern und Zweibrücken ausgeschieden. Erbach wird bei Hesse mitgezählt und die pfälzischen Orte mit Bayern, wozu sie politisch gehören. Mit der effektiv höchsten Arbeitslosenprozentziffer der weiblichen Mitglieder = 7,6 Prozent steht die Ländergruppe Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen an der Spitze, ihr folgt die Gruppe Rheinprovinz und Birkenfeld mit 7,2 Prozent weiblicher Arbeitslosen. Die männlichen Arbeitslosen sind mit 7,4 Prozent am zahlreichsten im Freistaat Sachsen. Die Gruppe Westfalen, beide Lippe weist die geringste Prozentziffer: 0,4 Prozent bei den männlichen Arbeitslosen auf. (Schluß folgt.)

Gaukonferenz für den Freistaat Sachsen.

Dresden, 23. April 1921.

Die Konferenz beginnt mittags 1 Uhr. Vom Verbandsvorstand ist Kollege Reichelt, von der Redaktion des „T.A.“ Kollege Dressel-Berlin erschienen; ferner sind als Gäste anwesend Gauleiter Bretschneider-Thüringen und der sächsische Arbeitsminister Kollege Jäckel. Den Vorsitz führt Kollege Sachse. Anwesend sind 225 stimmberechtigte Delegierte, darunter 23 Frauen.

Als erster Punkt steht der Bericht der Gauleitung

auf der Tagesordnung. Kollege Sachse: Die Mitgliederzahl für den Freistaat Sachsen ist auf 66 303 männliche und 142 737 weibliche Mitglieder gestiegen, die Zahl der Filialen auf 72. Es hat sich also ein erfreulicher Aufstieg in der Organisation bemerkbar gemacht.

Die Frage der Werkmeister hat der Verband so gelöst, daß er ihnen nichts in den Weg legen will, wenn sie sich bei ihm organisieren. Schwierigkeiten entstanden mit dem Fabrikarbeiterverband und dem Handlungsgehilfenverband. Letzterer wollte z. B. die Direktorinnen, die Warenauswerter, Warenmesser usw. an sich überwiegeln haben.

In der Erwerbslosenfürsorge hat der Verband Anträge an die sächsische und Reichsregierung gestellt. Auch in anderen Fragen, z. B. bei der Bekämpfung des Forschungsintuitus sowie der Ausfuhr von fertig gesponnenem Baumwollgarn hat der Verband seinen Einfluß auf die Regierung geltend gemacht.

Die Tarifgemeinschaft ist oft in einzelnen Mitglieder-versammlungen kritisiert worden, doch wurde bis jetzt noch kein greifbarer Vorschlag dafür gemacht, wie man besser zum Ziele kommen kann. — Soweit wir das Mehrstufensystem hintanziehen konnten, haben wir das getan. Ganz ist es nicht mehr zu vermeiden. Bei den diesbezüglichen Verhandlungen haben wir abgemacht, daß bei schlechtem Geschäftsgang auf das Einstufensystem zurückgegriffen wird und daß der Betriebsrat mit zu bestimmen hat, bei welchen Artikeln der Arbeiter mehrere Stühle zugleich bedienen darf. — Von den Arbeitgebern haben wir nach

langen Verhandlungen die Zusicherung erhalten, daß sie gegen die 46-Stunden-Woche nichts unternehmen wollen.

Kollege Z w a h r von der Gauleitung gibt zuerst einen Uebersicht über die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie, die sehr unter der schwierigen Rohstoffbeschaffung und Kalamität der Kohlenversorgung, sowie dem Tiefstand der Valuta zu leiden hatte, was besonders im Juni bis August 1920 eine ungeheure Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit zur Folge hatte. Im Herbst 1920 machte sich allerdings ein gewisser Aufschwung bemerkbar, der bis in die jüngste Zeit hinein anhielt, so daß besonders in den letzten Monaten ein außerordentlich guter Geschäftsgang zu bemerken war. Allerdings hatten nicht alle Geschäftszweige gleichen Anteil an dieser erhöhten Konjunktur, z. B. die Stiderei- und Spagelindustrie des Vogtlandes und die Bandwirker des Erzgebirges. Trotz der großen Senkung der Rohstoffpreise ist wieder eine Stagnation in unserer Industrie eingetreten, weil die Aufträge spärlich eingehen.

Von allen diesen Tatsachen hängt zum guten Teil unsere Tarifpolitik ab; zum größten Teil aber von der Gestaltung unserer Organisation und dem Kampfmute unserer Mitglieder.

In Sachsen war die Gestaltung der Tarife eine außerordentlich schwierige. Es war uns nicht möglich, einheitliche Entlohnung durchzuführen, weil wir hier eine sehr große Branchenzahl zu verzeichnen haben, so daß wir Branchentarife abschließen mußten. Im Jahre 1919 schlossen wir 59, im Jahre 1920 124 Tarife ab. — Trotz der Steigerung der Löhne, die wir erkämpft haben, ist allerdings die Höhe der Löhne gegenüber der verteuerten Lebenshaltung noch nicht genügend. — In vielen Fällen konnten wir nicht zu einer Einigung mit den Arbeitgebern gelangen und mußten deshalb zur Waffe der Arbeitsniederlegung greifen. 1920 hatten wir siebzehn Streiks zu führen, um höhere Lohnsätze für die Tarife zu erreichen. In der Sentung der Rohstoffpreise ist in den letzten Wochen ein gewisser Stillstand eingetreten. Im einzelnen sind sogar Erhöhungen zu verzeichnen. Die Industrie wird in eine Krise eintreten, so daß in nächster Zeit mit einer Erfüllung weitergehender Wünsche nicht zu rechnen sein wird. Trotzdem werden wir handeln, wenn es Zeit ist. Trotz alledem muß in der Textilarbeiterchaft Sachsens der alte Geist weiter herrschen, denn nur dann werden wir für die kommende Zeit gerüstet sein. Wir dürfen nicht dulden, daß an der Einheitslichkeit unserer Organisation im geringsten gerüttelt wird.

Kollege S e n f e r t (Gauleitung) gibt einige kurze Erläuterungen zur Geschäftsordnung für die Tarifausschüsse.

In der Debatte bemängelte u. a. G l o m b i z a die Taktik des Verbandes.

Im tritt Kollege J ä c k e l entgegen. Der kommunistische Redner hatte wohl die Taktik des Verbandes kritisiert, aber keinen einzigen Vorschlag gemacht, wie diese Taktik zu ändern wäre. Die Wirkung der Tätigkeit der Kommunisten läuft letzten Endes, wenn vielleicht auch gegen ihren Willen, auf die Zersplitterung der Gewerkschaften hinaus. Um die Kampfkraft der Organisation nicht zu schwächen, ist es dringende Pflicht jedes Mitgliedes, den kommunistischen Bestrebungen entgegenzutreten. Eine Gewerkschaft kann sich ihre Tätigkeit nicht von Beschlüssen einer außer ihr stehenden Partei vorschreiben lassen. Der Behauptung, daß die Lohnpolitik auf falscher Basis aufgebaut ist, stehen die erlangenen Vorteile entgegen. Die deutsche Textilarbeiterindustrie ist in ihrer Lohnbewegung schneller vorwärts gekommen als viele Branchen, die uns vor dem Kriege weit voraus waren. Nicht durch den Bruderkampf, nicht durch Zerschmetterung alles Bestehenden, wie die Kommunisten es wollen, können wir Erfolge erringen, sondern durch den Aufbau im sozialistischen Geiste mit den Methoden, wie unsere großen Vorkämpfer sie uns gelehrt haben. — Kollege Jäckel erklärte weiter, daß wir nicht nur Lohnpolitik treiben wollen. Es hat noch nie eine Zeit gegeben, wo der Textilarbeiter-Verband sich auf Lohnpolitik beschränkte. Unser Ziel ist, an Stelle der kapitalistischen Organisation die sozialistische Organisation der Arbeit zu setzen. Und die Diktatur des Proletariats muß auf die Grundlage der Demokratie gestützt sein. — Die Arbeiterorganisationen sind drauf und dran, sich in die Frage der Wiedergutmachung zu mischen. Wir rufen die Arbeiterklasse der ganzen Welt auf. Wir stellen uns die Aktion der Arbeiter allerdings anders vor, als wie sie die Kommunistische Partei nach dem Diktat von Moskau propagiert. —

Es wäre nun aber falsch, aus den Äußerungen des Unwillens einzelner Mitglie der gegen die Gesamtorganisation herauszuhören. Wenn irgend etwas, dann haben die letzten Jahre, die letzten Monate es bewiesen: Das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Kampforganisationen ist unerschüttert. Wir führen unseren Kampf, der sich auf das Programm der gesamten Arbeiterbewegung der Welt stützt. So schreiben wir vorwärts mit unseren Brüdern in der ganzen Welt, mit dem Rufe: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen Kollegenschaft und Gauleitung, die unwichtigere Fragen der internen Organisation betreffen, wird die Debatte geschlossen und man geht zur

Wahl der Gauleitung

über, die ohne besondere Zwischenfälle vor sich geht. Die Kollegen Z w a h r und S a c h s e werden einstimmig wiedergewählt.

Dresden, 24. April 1921.

Am Sonntag, vormittags 9 Uhr, beginnt der zweite Teil der Konferenz. Kollege D r e s s e l - Berlin spricht über

Unsere Verbandspolitik.

Auch er betont, daß der kleinliche, vernichtende Bruderkampf der Parteien nicht in die Gewerkschaften hineingetragen werden darf. Kuhnheiser dieses Kampfes wird stets die Bourgeoisie sein. Nicht durch ein Diktat, etwa von Moskau, kann der Sozialismus durchgeführt werden, sondern der Sozialismus ist das Ergebnis einer bestimmten wirtschaftlichen Entwicklung und legt eine gewisse geistige Reife des Proletariats voraus. Putsch zu verurteilen ist nicht revolutionär. — Wenn wir den Streit über diese so selbstverständliche Fragen hören, dann glaubt man beinahe, daß Marx und Engels ihre Schriften umsonst geschrieben haben. — Das Ziel des Verbandes ist die Herbeiführung des Sozialismus. Aber wir wollen keine Parteipolitik treiben, sondern eine vernünftige Arbeiterpolitik. Ueber dieses Ziel sind wir uns einig. Uneinigkeit sind wir nur über die Kampfmittel. Wir meinen in die Massen Klarheit über das Ziel und die Kampfmethoden zu bringen. Die Tätigkeit, die wir innerhalb der Gewerkschaften ausüben, dient mit zur Erreichung dieses Ziels. Die Führung der Lohnbewegungen ist mit ein Stück Klassenkampf.

Ein vielumstrittenes Kapitel ist die **Arbeitsgemeinschaft**. Die Tendenz der Arbeitsgemeinschaft lehnen wir ab. Aber wenn wir diese Arbeitsgemeinschaft nicht hätten, dann müßten wir uns eine neue Infanz schaffen, wo wir über unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen beraten.

Auch die Frage der **Betriebsräte** gehört zu den umstrittenen Fragen. Auch hier waren es die Kommunisten, die eine Forderung der Betriebsräte von den Gewerkschaften wollten. Die Arbeit der Betriebsräte ist so eng mit der der Gewerkschaften verknüpft, daß darüber gar kein Zweifel möglich ist. Sie müssen sogar noch fester in den Gewerkschaften verankert werden.

Der Hauptstreit in der Arbeiterbewegung dreht sich um die Frage: **A m s t e r d a m** oder **M o s k a u**. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale darf nicht zerfallen werden. Sie ist das einzige Bollwerk der internationalen Arbeiterchaft gegen den Kapitalismus. Mitglieder der Moskauer Internationale könnten wir nur durch die Kommunistische Partei werden. Wir lehnen es ab uns unter den Terror von Moskau zu stellen. Wir lehnen überhaupt die kommunistische Taktik in den Gewerkschaften ab, weil sie die Gewerkschaften nur spaltet und zerstört. Und ich bitte Sie deshalb: Lassen Sie sich in Ihren Entschlüssen nur von den Gesichtspunkten der Einigkeit der Arbeiterklasse, der Einigkeit der Gewerkschaften, leiten.

Kollege G l o m b i z a - Limbach legt dann in längeren Ausführungen den Unterschied zwischen der Politik der sogenannten Revisionisten und derjenigen der Kommunisten dar und verteidigt die letztere.

Nach der Debatte und dem Schlußwort des Referenten werden folgende Resolutionen gegen sieben kommunistische Stimmen angenommen:

1. Die am 23. und 24. April 1921 für den Gau Dresden abgehaltene Gaukonferenz erklärt die von der Plauener Verbandsgeneralversammlung eingegangene grundsätzliche Stellung, sowie die tatsächlichen Maßnahmen und die in dieser Hinsicht gefassten Beschlüsse der Sitzungen des Beirats in Barmen und Dresden, als im Interesse des Verbandes gelegen, für richtig. Infolge der Anerkennung der Richtigkeit dieser Beschlüsse verurteilt die Gaukonferenz die Tätigkeit von Mitgliedern, die sie innerhalb des Verbandes als Beauftragte einer bestimmten Parteirichtung ausüben und infolgedessen eine besondere Zellenbildung fördern, weil diese Tätigkeit die Arbeit des Verbandes stört und schädigt und die Gefahr der Spaltung des Verbandes in sich trägt. Die Gaukonferenz lehnt die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Organisation an die Moskauer Internationale als ein Glied der kommunistischen Partei Deutschlands anzuschließen, entschieden ab, weil dieser Anschluß die Aufgabe der Selbstständigkeit des Verbandes zur Folge haben müßte, und bezeichnet sie als **v e r b a n d s s c h ä d i g e n d**.

2. Die am 23. und 24. April 1921 für den Gau Dresden abgehaltene Gaukonferenz erklärt sich mit der Schreibweise unseres Verbandsorganes in vollem Maße einverstanden und erklärt auch fernerhin in ihm das Instrument, das in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung die Interessen der Textilarbeiter in wirksamer Weise vertritt.

Kunmehr kommen die einzelnen

Anträge

zur Beratung. Die kommunistischen Anträge auf Einstellung der Unterstützungen. So lange sie nicht Kampfwaffen dienen, sind nicht genügend unterstützt, dagegen wird der Antrag angenommen: **„Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sind zu einer Erwerbslosenunterstützung umzuwandeln“**. Angenommen wird noch der Antrag, daß in Familien, wo mehrere Mitglieder sind, davon mindestens einer Kollegin alle vierzehn Tage an Stelle des „Textilarbeiters“ ein Exemplar der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen gewerkschaftlichen Frauenzeitung gegeben werden soll. Durch Annahme weiterer Anträge erhebt die Konferenz Protest gegen die Bestrebungen, die bestehenden Gewerbegerichte den ordentlichen Gerichten anzukleiden. Anträge gegen die Aufhebung der Verordnung vom 12. 2. 20 über die Einstellung und Entlassung gewerblicher Arbeiter, sowie gegen die Aufhebung der Demobilisationsbestimmungen und die Aufhebung des Zwanges, offene Arbeitsstellen dem Arbeitsnachweis zu melden, werden der Generalversammlung überwiesen. Weiter wird der Hauptvorstand erlucht, für jeden Gaubestritt mindestens eine agitatorische Kraft für politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Vorträge und Unterrichtskurse anzustellen.

Zum Schluß wird noch folgende Resolution angenommen: Der vom Sächsischen Arbeitsministerium an das Reichsarbeitsministerium gestellte Antrag, die Verordnung über Betriebsabbrüche und -stilllegungen vom 8. November 1920 von Grund aus umzuändern, so daß sie nachstehende Form erhält:

1. Die Tätigkeit der Demobilisationsbehörde soll nicht nur eine unterstützende sein; diese Behörde soll künftig das Recht haben, ein Verbot des Abbruchs oder der Stilllegungen auszusprechen.

2. Die **Beschlagnahme und Enteignung** soll sich künftig nicht nur auf die Vorräte und die bedrohten und betreffenden Gegenstände, sondern auf den gesamten Betrieb erstrecken dürfen.

3. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, mit Hilfe der Beschlagnahme und Enteignung die Weiterführung von Betrieben im Interesse der Allgemeinheit durch eine öffentliche Stelle gegen den Willen des Arbeitgebers durchzuführen.

4. Künftig soll die Festsetzung des Preises bei Enteignungen durch die Demobilisationsbehörde endgültig und unanfechtbar sein; ferner soll bei Beschlagnahmen und Enteignungen die Höchstgrenze des Tagespreises der Entschädigung durch die Demobilisationsbehörde niedriger gesetzt werden können.

5. Die Fristen, insbesondere die kurzgestellten Fristen für die Ermittlung der Hilfsmagnahmen und für die Durchführung der Beschlagnahme und Enteignung sollen wesentlich verlängert werden.

Diese Resolution wird als von der ganzen im Deutschen Textilarbeiter-Verband organisierten sächsischen Textilarbeiterchaft unterstützt angesehen. Der Schluß der Arbeiter bei Betriebsstilllegungen nach der jetzigen Fassung der Verordnung war nach Ansicht der Konferenz ein völlig unzureichender. Durch die Bewirkung der Anregungen wird gehofft, daß die Betriebsanlagen geschützt und der Volkswirtschaft erhalten und die Interessen der Arbeiterchaft mehr als bisher berücksichtigt werden. Die Konferenz bringt die bestimmte Erwartung zum Ausdruck, daß das Reichsarbeitsministerium sich der Ansicht des Sächsischen Arbeitsministeriums nicht verschließen wird. Sie erwartet auch, daß die Behandlung der Angelegenheit durch die Reichsregierung beschleunigt werden wird.

Nach Schlußworten des Kollegen S a c h s e wird die Konferenz geschlossen.

30 Jahre Gewerkschaftsarbeit.

Von H. K a f n e r.

II.

Die moderne Arbeiterbewegung, fußend auf dem Boden des Klassenkampfes, konnte bei der unter den Fittichen des Zentrums stehenden Arbeiterchaft keinen Eingang finden. Im Jahre 1873 gelang es der sozialdemokratischen Partei, Bewegung in die Kreisfelder Weberschaft zu bringen und eine Organisation zu schaffen, die letzten Endes, unter dem Einfluß des Alerus, in einen Konsumverein, die heutige „Weberunion“, umgewandelt wurde. Später, anfangs der 80er Jahre, schritt man, durch die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Innungswesen veranlaßt, wieder zur Gründung von Innungen, die sich 1883 zum „Niederheinischen Weberbund“ zusammenschlossen und ein eigenes Fachblatt, die „Weberzeitung“ herausgaben. Der „Niederheinische Weberbund“ unter stark bürgerlichem Einfluß stehend, konnte sich als Interessenvertretung der Weberschaft nicht lange behaupten und die Zersplitterungstaktik des Zentrums führte schließlich seine Auflösung herbei. Das Zentrum, das seine Schächten in steter Notmähigkeit zu halten wußte, gründete „Katholische Arbeitervereine“, die schließlich in der „Antitas“ aufammengefaßt wurden. Dieser neue Bund brachte es auf 1600 Mitglieder, unter denen sich kaum 100 Weber befanden. Neben diesem Bunde behauptete sich noch die „Krefelder Weber- und Wirterinnung“ als Berufsorganisation der Arbeiterchaft, bis 1889 die Spannung sich in dem damals ausgebrochenen Färberstreik auslöste. 1400 Färber traten am 25. März 1889 in den Streik, der mangels einer geeigneten Organisation in 14 Tagen zusammenbrach. Hierauf folgte die Gründung des „Färbervereins der Färber“, der, als 1891 eine Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegründet wurde, sich dieser anschloß.

Die 200 Mitglieder zählende Filiale hatte einen äußerst schweren Stand. Verloren von den Fabrikanten und Behörden, hatte sie noch die „Weberunion“, die „Weberfachabteilung des Katholischen Arbeitervereines“, den „Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein“ und den „Evang. Arbeiterverein“ und die „Weberinnung“

Tarifgericht die fristlose Auflösung des Tarifvertrages ausgesprochen werden. Nach § 10 soll der Tarifvertrag zwingendes Gesetz sein, soweit er nicht mit dem Gesetz und den Bestimmungen im Gegensatz steht. Der Tarifvertrag steht ferner über den Anordnungen der Innungs- und Handelskammern in bezug auf das Lehrlingswesen. Unter anderem können auch Aufsichtsräte durch die Verbindlichkeitserklärung des Tarifamtes unter einen Tarif gezwungen werden. Was somit die allgemeinen technischen Tarifvorschriften anbelangt, so enthält der Entwurf nichts wesentlich Neues. Aber nun kommt das dicke Ende. Die §§ 17, 18 und 19 enthalten Bestimmungen, denen wir niemals unsere Zustimmung geben können. Mit allen Mitteln müssen wir uns gegen die hier gestellten Pläne wenden.

In § 17 heißt es, daß Tarifangehörige, die wissenschaftlich gegen die Tarifbestimmungen verstoßen, mit einer Buße von 5000 M. für Arbeitgeber und 500 M. für Arbeitnehmer bestraft werden können. Das soziale Verständnis der Ausarbeiter des Entwurfs scheint hierbei etwas schwach gewesen zu sein. Dem Arbeitgeber wird es nicht schwer fallen, wenn er überhaupt jemals zu einer Buße verurteilt wird, 5000 M. zu zahlen, da er durch den Verlust gegen den Tarifvertrag zweifellos ein größeres Geschäft gemacht hat. Aber dem Arbeitnehmer, denn nach dem Wortlaut kann es nämlich auch einem einzelnen Arbeiter passieren, daß er zu 500 M. verurteilt wird, wegen einer geringfügigen Übertretung der Tarifvorschriften. Als Trost ist allerdings der Satz hinzugefügt, daß diese Vorschrift durch den Tarifvertrag ausgeschlossen werden kann.

Der § 18 verpflichtet die Vertragsparteien, jede Kampfmaßregel zu unterlassen. Demzufolge kann der Arbeitgeber gegen den Tarif verstoßen oder Arbeitskollegen maßregeln. Die Arbeitnehmer können bis zum St. Nimmerleinstag warten, bis dem Arbeitgeber eine Buße auferlegt wird, womit sich dann die Arbeiter zufrieden geben sollen. Herrliche Aussichten für die Unternehmer!

§ 19. Erfüllt eine Vertragspartei die Pflichten aus dem Tarifvertrag nicht, so kann auf Schadenersatzpflicht erkannt werden in Höhe bis zu 500 000 M. Unsere Herren Reaktionsäre haben offenbar die Absicht, sich die Methoden der amerikanischen kapitalistischen Regierung zu eigen zu machen, die den Gewerkschaften allerdings empfindliche Geldsummen abgeprecht hat. Aber sehen wir weiter.

Zur Regelung des Tarifrechts sollen Tarifämter und Tarifgerichte errichtet werden, die den Charakter der in der Schlichtungsordnung vorgesehenen Behörden tragen sollen. Was ist der Zweck? Man will für alle entlassenen Offiziere und sonstige mißliebige kompromittierte Personen, die durch die Revolution und den Friedensvertrag Stellunglos geworden sind, eine Versorgungsanstalt errichten. Ueber das ganze Reich soll eine Beamtenhierarchy herrschen. Die Arbeiterchaft will man in einen engen Rahmen von Paragraphen hineindrücken. Der Apparat soll möglichst kompliziert und schwerfällig sein, so daß der Gang der Geschäfte, daß der Rechtsweg sich möglichst umständlich und langwierig gestaltet. Außerdem kommt noch hinzu, daß die Errichtung der Schlichtungsbehörden und die hier im Tarifgesetz vorgesehenen Stellen Millionen und aber Millionen von Steuergebern verschlingen würden. Wenn dieser Entwurf und die vorgelegte Schlichtungsordnung Gesetz werden, dann bedeutet das eine Erhaltung und Weiterentwicklung des Kapitals und eine Anebelung der Arbeiterchaft. Die Spruchpraxis der heutigen Schlichtungsausschüsse hat für die Arbeiter oft sehr unangenehme Entscheidungen gefällt, deren reaktionärer Charakter in der letzten Zeit immer offener hervorgetreten ist. Die Arbeiter haben deshalb kein Vertrauen mehr zu diesen Behörden. Die Gefahr, daß bei diesem Entwurf mit dem Gedanken einer Verkürzung der Gewerkschaften, deren Einatme und Anwachsen der Reaktion schon lange ein Dorn im Auge ist, gespielt wird, kann nicht von der Hand gewaschen werden. Jedenfalls haben wir uns in untern Zusammenkünften und Diskussionen eingehend mit diesen Gesetzesmaßnahmen zu beschäftigen. Im Gegensatz hierzu müssen wir mit Nachdruck darauf hinarbeiten, daß endlich einmal die Betriebsräte aufgebaut werden im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung. Hieraus lassen sich die Körperschaften bilden, die wirklich berufen sind, die Interessen der arbeitenden Klasse zu vertreten.

Die Widersinnigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu den Lebensbedürfnissen der Menschheit in scharfem Gegensatz steht und deshalb widersinnig ist, wurde von uns und allen anderen Sozialisten stets behauptet. Doch unserer Behauptung wurde von kapitalistischer Seite stets widersprochen. Neuerdings ist ihre Richtigkeit aber von kapitalistischer Seite bestätigt worden. Freilich nicht direkt, aber doch indirekt.

Das geschah in der französischen Kammer. Dort erklärte ein Herr Roblemaire:

„Wenn es mir beliebt, meine Fabriken zu schließen, so geht das durchaus nur mich und meine Aktionäre an. Ich lasse meine Stahlwerke nicht gehen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen oder um Stahl herzustellen, sondern um dem im Werk angelegten Kapital eine gute Verzinsung zu sichern.“

Das heißt also: Wenn sich das Produzieren für das in einem Werke angewandte Kapital nicht lohnt, dann wird nicht gearbeitet. Ob die Arbeiter und die ganze Menschheit ihre Bedürfnisse decken können ohne Arbeit und ohne die Arbeits- und Produktionsmittel, über die doch nur das Kapital verfügt, ist ganz und gar nebensächlich. Wenn es dem Kapital nicht mehr lohnt, zu produzieren, wird eben nicht mehr produziert und wenn die Menschheit dabei zugrunde geht. Natürlich ist nicht daran zu denken, daß sie das stückweisend tut, und deshalb wird auch der Sozialismus einmal so sicher kommen, wie der Kapitalismus gekommen ist. Er wird aber nur kommen, wenn die Geldbesitzer sich durch ihr Verhalten selbst in Gefahr bringen und entweder die Bedürfnisse der Menschheit höher in Rechnung stellen als die des Kapitals und sich schließlich mit dem Sozialismus abfinden, wenn sie nicht die kapitalistische Produktion auch ohne den gewünschten Profit fortsetzen wollen, oder wenn die Arbeiter den Sozialismus kommen machen, d. h. herbeiführen und in ihm eine Wirtschaftsweise zur Herrschaft bringen, die lediglich gemäß den Bedürfnissen der Menschheit geführt werden wird.

In alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellte u. Betriebsräte!

Am 23. Mai beginnt der neue Unterrichtsabschnitt der Betriebsrätschule. Die vorgesehene Jahreszeit erfordert die Abhaltung ferner Lehrgänge (von 3 bis 5 Doppelstunden), da wir sonst zu tief in den Hochsommer kämen, in dem viele unserer Kollegen ihren Urlaub genießen.

Außer Kursen über das Betriebsrätegesetz und solchen, die sich auf die Anwendung dieses Gesetzes beziehen, werden Einzelfragen behandelt werden, die, obwohl sie von besonderer Wichtigkeit für die Arbeitnehmerbewegung sind, im Laufe des bisherigen Unterrichts nicht genügend verhandelt werden konnten. So weisen wir besonders auf folgende Kurse hin:

- „Die weltwirtschaftliche Lage auf Grund des Friedensvertrages.“
- „Das Existenzminimum und seine Errechnung.“
- „Valutaprobleme.“
- „Tarifwesen.“

„Die rechtlichen und wirtschaftlichen Aufgaben der Betriebsräte.“

- „Konzentrationsbestrebungen in der Großindustrie.“
- „Vom Werkzeug zum modernen Großbetrieb.“
- „Die wissenschaftliche Betriebsführung (Taylor-System).“
- „Wirtschaftspsychologie.“
- „Volkstrantheiten und ihre Bekämpfung.“
- Außerdem finden unter besonderem Hinblick auf das Betriebsrätegesetz folgende Kurse statt:
- „Das Betriebsrätegesetz.“
- „Der Betriebsobmann im Kleinbetrieb.“
- „Die rechtlichen Aufgaben der Betriebsräte nach §§ 66—72 des BRG.“

„Wie liest der Betriebsrat eine Bilanz?“

Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten auf, an diesen Kursen teilzunehmen. Unterrichtsverzeichnisse und Hörerzertifikate sind bei den Ortsverwaltungen sämtlicher freigewerkschaftlichen Verbände erhältlich. Die Hörgeldgebühr für einen Kurs beträgt 6 M. Arbeitslose haben unentgeltlichen Zutritt und können Hörerzertifikate gegen Vorlegung ihrer Arbeitslosenkarte in der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelshufer 14/15, 2. Hof I, erhalten.

Die Kurse werden in verschiedenen Gegenden Berlins abgehalten, so daß allen die Möglichkeit zur Teilnahme gegeben ist.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale
f. d. Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin,
Abteilung Kätschule.

Berichtigung.

... denn die Mühlen der Republik mahlen ... nur langsam und unsicher“ muß es im Artikel an der Spitze unserer vorigen Nummer heißen.

Aus den Gewerkschaften.

Ein Wendepunkt in der Gewerkschaftsbewegung.

In der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands ist ein Wendepunkt von grundlegender Bedeutung eingetreten. Das sein verästelte und komplizierte Wirtschaftssystem und die gute Organisation des Unternehmertums bedingen, daß Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam an Schulter an Schulter kämpfen, wenn sie das gesteckte Ziel erreichen wollen. Beide Arbeitnehmerkategorien sind nicht nur bei der Erhebung des Endzieles, sondern auch bei den Gegenwartsforderungen eng aufeinander angewiesen. Man braucht nur an die Sozialisierung und an das Betriebsrätegesetz zu denken, deren Auswirkung die Einheitsfront der freigewerkschaftlich denkenden Kopf- und Handarbeiter bedingt. Der Schlüsselstein zu dieser Gemeinsamkeitsarbeit ist nunmehr endgültig gelegt worden. Der Bundesausschuß des A. D. G. B. nahm in seiner Sitzung am 23. März 1921 nach einem ausführlichen Referat des Genossen Leipzig hierzu Stellung und stimmte nach gründlicher Aussprache einer Entschließung zu, die die Auswirkung eines schon früher gefaßten Beschlusses ist. Sie zeigt klar umrissen die künftige Gemeinsamkeitsarbeit und deutet die notwendigen Satzungsänderungen bei dem Afa-Bund und dem A. D. G. B. an. Die organisatorische Verbindung, die das ständige Zusammenwirken in den Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik bedingt, die Regelung der internationalen Beziehungen, die gegenwertige Delegation zu den Sitzungen und gemeinsamen Tagungen von Ausschüssen und Kongressen, ist ein solch großer Fragentopfes, daß er in seinen Auswirkungen einen Wendepunkt in der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands bedeutet. Alle zentral getroffenen Vereinbarungen sollen auch bezüglich und brüchlich und — wo notwendig — auch sachlich gelten.

Die dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände werden nunmehr, nachdem der Beschluß des Bundesausschusses des A. D. G. B. und der auf Grund dieses Beschlusses am 12. April 1921 vereinbarte Organisationsvertrag vorliegt, sich mit diesen zu beschäftigen haben. Eine Reichsvertretertagung des Afa-Bundes wird die nach diesen Vereinbarungen abzuändernden Satzungen vorläufig in Wirksamkeit setzen müssen bis zu dem Gewerkschaftskongreß des Afa-Bundes, der — auf breiter Grundlage einberufen — endgültig zu den freigewerkschaftlichen Richtlinien, den Satzungen, zu den nationalen und internationalen Beziehungen Stellung nehmen muß.

Damit ist die Einheitsfront der freigewerkschaftlich denkenden Kopf- und Handarbeiter geschaffen. Beide Teile können entsprechend ihrer historischen Entwicklung und ihrer Stellung im Wirtschaftsprozess sich organisatorisch auswirken. Frei von Vorurteil und Standesbündel sind Arbeiter und Angestellte nunmehr solidarisch verbunden zur Gemeinsamkeitsarbeit. Aus der mehr gefühlsmäßigen, losen Zusammenarbeit ist eine feste organisatorische Form geworden. Die Front ist geschlossen, die gemeinsame Arbeit kann beginnen. Die 9 Millionen freigewerkschaftlich denkenden Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands sind ein solch unüberwindlicher Wall, daß mit ihm nicht nur das Unternehmertum rechnen muß, sondern auch Regierung und Gesetzgebung.

Aus der Textilindustrie.

In den Wäschereien und Fäbereien in Halle a. S. und Umgebung sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Es wird deshalb gebeten, Zugang dorthin zu unterlassen und zurückzuhalten.

Zum Streik in Baden ist folgender Schiedspruch gefällt worden:

In der Gesamtschlichtung zwischen dem Deutschen Textilarbeiter-Verband, Gau Württemberg, Baden und Pfalz, Stuttgart, einerseits und dem Verband der Korsettfabrikanten Württembergs, Sitz Stuttgart, andererseits hat der Schlichtungsausschuß Stuttgart in der Besetzung: Verhandlungsleiter Regierungsbaumeister Dellbrug, Arbeitnehmervertreter Reichmann, Jäger, Harburaer, Arbeitnehmervertreter Klein, Dehse, Kaufmann, nach öffentlicher Verhandlung am Mittwoch, den 27. April 1921, auf Grund der §§ 20 und 27 der Verordnung über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 nachstehenden Schiedspruch abgegeben:

1. Eine Lohnregelung für die Ortsklassen I und II zu treffen, wird abgelehnt.
 2. Mit Wirkung von der laufenden Lohnperiode ab wird für Arbeitnehmer der Ortsklasse III eine 12 1/2prozentige Erhöhung auf die seit 15. Dezember 1920 bestehenden Löhne gewährt.
 3. Für Zuschneider sollen die am 10. Januar 1921 vorgeschlagenen Lohnsätze von 5,46 M. in Ortsklasse I und 5,05 M. in Ortsklasse II als Mindestlöhne gelten. In Ortsklasse III soll der vorgeschlagene Mindestlohn von 3,87 M. die in Ziffer 2 zugeständene 12 1/2prozentige Erhöhung erfahren und 4,35 M. betragen.
- Begründung. Die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses ist auf Grund des § 20 der Reichsverordnung vom 23. Dezember 1918 gegeben. Der Schlichtungsausschuß hält die durch freie Vereinbarung am 10. Januar 1921 festgelegten in den Ortsklassen I und II bestehenden Lohnsätze für den heutigen Verhältnissen noch angemessen und im wesentlichen im Einklang mit den im Schiedspruch vom 12. November 1920 vorgeschlagenen Löhnen der Textilindustrie. Weiter ist darauf hinzuweisen, daß augenblicklich eine vermehrte Teuerung, die als Grund zu irgendeiner Lohnerhöhung herangezogen werden könnte, nicht eigentlich vorliegt. Die amtlichen Indizes, die einen gewissen Maßstab für die effektive

Verteuerung abgeben, zeigen seit Januar 1921 durchweg eine, wenn auch langsam, absteigende Kurve.

Die Abkürzung, die bisher für die Ortsklasse III vorgenommen worden ist und die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse während und nach dem Kriege begründet erscheinen mochte, ist in der gegenwertigen Zeit durch nichts mehr gerechtfertigt. Es ist bekannt, daß die Lebensverhältnisse auf dem Lande gegenwertig zum Teil wesentlich ungünstiger liegen als früher.

Bezüglich der Löhne der Zuschneider ist der Schlichtungsausschuß der Auffassung, daß dieselben so beibehalten werden sollen, wie sie im Lohnabkommen von 10. Januar 1921 als Mindestlöhne für die drei Ortsklassen aufgeführt sind. Der Zuschneider hat, gegenüber den übrigen Arbeitern, eine besonders verantwortungsvolle Tätigkeit; dafür muß ihm eine entsprechende Entlohnung gewährleistet werden.

Mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage konnte sich der Schlichtungsausschuß nicht entschließen, irgendwelche weitere Zugeständnisse der erhobenen Forderung gegenüber zu machen.

Zur Beurkundung:
Der stellvertretende Vorsitzende des Schlichtungsausschusses
Stuttgart.
gez.: Dellbrug, Regierungsbaumeister.

Der Vorsitzende der Schlichtungsausschüsse in Württemberg.
Stuttgart, den 30. April 1921.

Abchrift.
Dem Deutschen Textilarbeiter-Verband, Gau Württemberg, Baden und Pfalz, Stuttgart, z. H. des Gauleiters Herrn Ferdinand Hofsta, Stuttgart.

zur Kenntnisnahme mit der Aufforderung, bis spätestens Samstag, den 7. Mai 1921, dem Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse, Stuttgart, Königsstr. 18, eine Erklärung darüber einzubringen, ob sich die von Ihnen vertretenen Arbeiterchaften dem Schiedspruch unterwerfen.
Wird binnen der gesetzten Frist keine Erklärung zum Schiedspruch abgegeben, so gilt gemäß § 28 Absatz 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 die Unterwerfung als abgelehnt.
J. A.: gez. Dellbrug.

Die Lage der nordamerikanischen Textilindustrie.

Auf dem nordamerikanischen Baumwollgarnmarkt hat, nach einem Bericht der „Textile World“, Ende März die Nachfrage etwas zugenommen. Die Preise scheinen ihren tiefsten Punkt erreicht zu haben. Besonders für Stridgarn herrschte mehr Interesse, aber auch von den Wäsch-, Treibriemen- und Gardinenwebereien wurde gekauft. In gefärbten Garnen hat sich ebenfalls der Markt gebessert, die Preise gaben aber weiter etwas nach. — Nach Wollgarn hat die Nachfrage infolge der gebesserten Lage der Wollwebereien zugenommen. Die Preise wurden ungünstig durch die großen Vorräte beeinflusst. Der Markt in wollenen Stridgarnen war ruhig. — Auf dem Baumwollgewebemarkt war die Lage nicht einheitlich. Während für baumwollene Kleiderstoffe lebhafteres Interesse herrschte, ließ in Wäschstoffen die Nachfrage nach zu wünschen übrig. Das Auslandsgeschäft, besonders nach Südamerika lag infolge der dortigen großen Vorräte noch sehr darnieder. Nach Gingham, Verkauf in bestriebeigem Maße gekauft. Für schmale Phantasiestoffe bestand weniger Nachfrage. In einigen besonders eingeführten Scheetingqualitäten herrschte Mangel. — Nach Wollstoffen hat im März die Nachfrage weiter zugenommen. — Der Beschäftigungszustand der Webereien nahm daher teilweise beträchtlich zu. Die neuen Herbstkollektionen in Kleiderstoffen sollen im April herausgebracht werden. Die von einigen Fabriken bereits gezeigten Muster wurden gut aufgenommen. Die Stimmung war zuversichtlich. Im März machte sich ein Mangel an Lagerware für das Frühjahrsgeschäft bemerkbar. Für Herrenstoffe herrschte wieder mehr Interesse. Da in Frühjahrsware ebenfalls Mangel bestand, wurden vielfach leichte Herbststoffe gekauft. Die Fabrikanten, die rasch liefern konnten, fanden sich in günstiger Lage. Die Nachfrage nach Mantelstoffen war befriedigend. Der Markt in Seidenstoffen war fest. Die erzielten Preise waren befriedigend. Nach Taffet hat die Nachfrage etwas abgenommen infolge der großen Vorräte, die sich bei einzelnen Händlern angehäuft haben. Besonderes Interesse bestand für Seidenbänder, da die herrschende Mode diese Erzeugnisse bevorzugt. Die Beschäftigung in diesem Zweig hat daher zugenommen und beinahe wieder normalen Umfang erreicht. Nach einem Bericht des Sekretärs der Handelskammer in Paterson befanden sich im Patersonbezirk im Jahre 1914 325 Seidenfabriken und im Januar 1920 710. Infolge der ungünstigen Lage der Seidenindustrie im vergangenen Herbst und Winter hat sich die Zahl der Seidenfabriken um etwa 100 vermindert. Von den Werkstätten befanden sich Ende März ungefähr 50 v. H. im Betrieb, gegen 35 v. H. im Oktober vorigen Jahres. — Für Strumpfwaren sind die Preise, besonders für geringere Qualitäten, weiter zurückgegangen. In den Fabriken und bei den Händlern befinden sich große Vorräte, die die Preise beeinflussen. Zu den stark gedrückten Preisen wurde verhältnismäßig befriedigend gekauft. Der Markt war sehr unbeständig. Damenstrümpfe, die im vergangenen Jahre einen Preis von 4,75 Pfund erreichten, werden jetzt für etwas unter 2 Pfund angeboten. Für einen Baumwollstrumpf, 140 Nadeln, der kürzlich noch für 1,05 Pfund verkauft wurde, ist der Preis auf 80 Cents zurückgegangen. — Nach Unterzeug hat sich die Nachfrage gebessert. Sowohl wollene wie baumwollene Herbstwaren wurden wieder gekauft, die Bestellungen hatten aber nur kleinen Umfang. Anziehend bedenklich die Abnehmer zu einem kleinen Teil für den Herbst ein, um einem Warenmangel, wie er in diesem Frühjahr eintrat, zu begegnen. Die Nachfrage nach Frühjahrsware hat beständig zugenommen, sie konnte aber nur zum Teil befriedigt werden. — Ähnlich war die Lage auf dem Markt für Sweater. Ware für das Frühjahr wurde gesucht, während für den Herbst nur langsam gekauft wurde. Die Preise bewegen sich ungefähr 50 v. H. über den Vorkriegspreisen. („Ind. u. Handelsztg.“)

Soziale Rundschau.

Eine unbillige Härte.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat eine sehr wichtige Entscheidung in einer Angelegenheit gefällt, in der eine Berliner Firma zwei Arbeiter nach 28- und 26jähriger Tätigkeit wegen „zu hohen Alters“ entließ und zwar mit der Begründung, daß sie nicht mehr im Vollbesitz ihrer Leistungsfähigkeit seien. Unbillig bewilligte man ihnen auf Verberuf eine monatliche Pension von 100 M. Die beiden Arbeiter klagten nun beim Schlichtungsausschuß auf Wiederstellung. Dieser hat nach Prüfung der Sachlage dem Antrag der Entlassenen stattgegeben. Er erblickte in der Entlassung der beiden alten Arbeiter eine unbillige Härte nach § 84 Absatz 4 des BRG, und zwar mit Rücksicht auf die lange Beschäftigungsdauer der Beschwerdeführer. Bei Ablehnung der Wiederstellung durch die Firma wurde diese nach § 87 des BRG verpflichtet, die Hälfte des letzten Jahresarbeitsverdienstes den beiden Arbeitern zu zahlen.

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungs-gewerbe.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband berichtet über den Stand der Arbeitslosigkeit am 1. März folgendes:
Es haben 170 Filialen mit 41 214 männlichen und 60 497 weiblichen Mitgliedern berichtet. Am Schluß des 3. Quartals waren

Die ungünstige Lage der spanischen Textilindustrie. Es stehen gegenwärtig etwa 140 Fabriken in Katalonien still, 240 haben ihren Betrieb zur Hälfte oder zu zwei Dritteln eingestellt, so daß sich die Arbeitslosigkeit auf insgesamt etwa 70 000 Arbeiter erstreckt. Hierdurch sind auch die sämtlichen mit der Textilindustrie in Zusammenhang stehenden Branchen wie Färbereien, Appreturanstalten usw. in Mitleidenschaft gezogen. Etwa 10 000 Arbeiter dürften auf diese Industriezweige entfallen. Die Fabrikanten tun ihr Möglichstes, um weitere Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Durch die Krise, die auf dem alten Absatzgebiet der spanischen Textilindustrie, namentlich in Südamerika herrscht, ist jedoch die Ausfuhr fast völlig unterbrochen und mit ungewöhnlichem Risiko verknüpft. Der Versuch, den Inlandabsatz durch Preisreduzierungen zu heben, hat einen nennenswerten Erfolg nicht erzielt, da die Abnehmer aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten, noch nicht geneigt sind.

Berichte aus Fachkreisen.

Brandenburg. Eine am 20. April einberufene Mitgliederversammlung besaß sich mit folgenden vier Punkten: 1. Vortrag über die Generalversammlungen Pflaun und Breslau; 2. Kartellbericht; 3. Masche; 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende, Kollege Schmalz, den leider nicht sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern bekannt, daß bis zur endgültigen Wahl eines Geschäftsführers vom Zentralvorstand Kollege Drecher mit der Führung der Geschäfte beauftragt sei. Hierauf nahm Kollege Drecher zu seinem Vortrag das Wort. In längeren Ausführungen schilderte er den Anmeldestand der Arbeit, welche in Pflaun geleistet worden ist, und die Arbeit, die in Breslau geleistet werden muß. Er führte den Zuhörern vor Augen, daß, wie es in Pflaun notwendig war, es auch wieder in Breslau notwendig sein werde, den Beitrag zu erhöhen, wozu schon eine Anzahl Anträge von verschiedenen Filialen vorliegen. Kollege Drecher zeigte auch, daß wir uns mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft für den Sozialismus einsetzen müssen. Er schloß mit der Aufforderung, einen tüchtigen Delegierten zu wählen, welcher auch in der Lage sei, einen mündlichen Bericht zu geben. — An diese Ausführungen knüpfte sich bezüglich der Delegiertenwahl eine lebhafte Debatte. Die Mehrzahl der Redner vertrat die Ansicht, daß die in der Versammlung am 31. März getätigte Wahl Gültigkeit habe. Ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. — Aus dem Kartellbericht, welchen Kollegin Rasche erstattete, ist hauptsächlich die Beitragserhöhung auf 1 M. für männliche und 80 Pfg. für weibliche Mitglieder zu erwähnen.

Burghardsdorf. Am 26. April fand eine Mitgliederversammlung statt. Der Besuch konnte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ein besserer sein. Kollege Uhlig erstattete die Abrechnung vom 1. Quartal, die mit einer Mitgliederzahl von 1813 abschloß. Weiter referierte Kollege Uhlig über den Stand der Tarifbewegung; man erklärte sich einstimmig damit einverstanden, indem der Stridereinlandverein mit seiner Tariffindung abgewiesen worden ist. Den Bericht von der Gaukonferenz erstattete Kollege Müller in ausführlicher Weise. Er schloß: Nur die Einigkeit kann uns vorwärts bringen. Kollege Hoffmann ergänzte den Bericht in einigen Punkten. Kollege Uhlig referierte über die bevorstehende Generalversammlung und betonte, daß die Taktik des Verbandes auch für die nächste Zukunft noch zeitgemäß sei, auch sei vom psychologischen Standpunkt der Mitglieder aus gesehen, an die Abschaffung der Unterstützungseinrichtungen nicht zu denken. Auch in der Beitragsfrage werde der Verbandstag einige Änderungen bringen, um den Beschlüssen der Pflauner Generalversammlung gerecht zu werden. Gegen eine Stimme wurde beschlossen, die Delegierten in der Mitgliederversammlung zu wählen; der Geschäftsführer machte auf die statistischen Bestimmungen aufmerksam. Gewählt wurden die Kollegen Paul Büschmann und Guido Uhlig. Zur Urlaubsfrage wurde beschlossen, mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten und allgemein 5 Tage zu fordern, und zwar in der Pfingstwoche. Es wurden noch die Unterkartelldelegierten gewählt. Ueber den Steuerabzug in der neuen Form wurden noch einige Aufklärungen gegeben. — Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in Zukunft die Versammlungen zu besuchen.

Kirchhau-Cunewalde. Am 17. April fand unsere Filialgeneralversammlung statt. Leider waren von 72 Delegierten nur 48 anwesend. Von den 10 Ortsgruppenvorstehenden waren ebenfalls nur 6 erschienen. Die Tagesordnung war: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. a) Bericht des Kollegen Eghler über den Betriebsrätehochschulkursus, b) Bericht über die getätigten Betriebsratswahlen; 3. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung und Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl und evtl. Anträge; 4. Gewerkschaftliches. — Den Geschäfts- und Kassenbericht gab Geschäftsführer Kollege von den Berg in der üblichen Weise. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Quartals 1433 männliche, 3019 weibliche, zusammen 4452, am Schluß des Quartals 1412 männliche und 3059 weibliche, zusammen 4471. Hierauf gab Geschäftsführer Kollege Eghler einen Bericht über den Betriebsrätehochschulkursus und über die getätigten Betriebsratswahlen. Er bemängelte, daß von 22 Betrieben bis jetzt nur fünf berichtet haben. Weiter mußte festgestellt werden, daß sich die Herren Christen im Betrieb von Schulze und Hoffmann in Neukirch in wenig rühmlicher Weise benommen haben. 25 Prozent der Belegschaft sind im Deutschen Textilarbeiter-Verband organisiert. Der Vertreter der Christen erklärte unseren Mitgliedern, mit unserer Geschäftsleitung eine Vereinbarung getroffen zu haben, wonach wir auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichteten. Daß das unrichtig war, ahnte niemand. Unter Punkt 3 gab Kollegin Wünsch die eingegangenen Anträge an die Generalversammlung bekannt. Eingegangen waren neun Anträge, die nach lebhafter Debatte von der Filialversammlung akzeptiert wurden. Nach Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung wurde die Versammlung geschlossen.

Kuchen bei Göppingen. Ueber die Lohn- und Streifbewegung in Württemberg und Baden gab hier Kollege Masuthe am 23. April einen Bericht. Kollege Masuthe streifte die Veranlassung zur Kündigung des Tarifs in Württemberg, den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, den Teuerungszuschlag um 5 Prozent zu erhöhen, und die Erklärung des Arbeitgeberverbandes, den Schiedsspruch nicht anzunehmen. Der Verband hat bei der württembergischen Regierung die Verbindlichkeitsklärung nachgelehrt. Wenn die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen, weil Lohnsteigerungen ohne Vermehrung der Produktion lediglich die Geldbewertung verschärfen und dadurch preistreibend wirken, so ist damit kurz und bündig gesagt: Der Geldwert steigt, wenn die Unternehmer Profit auf Profit einheimen und die Arbeiterschaft noch mehr als bisher in der Lebenshaltung herabgedrückt und dem Elend überantwortet wird. Der Redner wies darauf hin, daß auch der Schlichtungsausschuß anerkannte, daß die Löhne, die in der Textilindustrie vor dem Kriege gezahlt wurden, viel zu niedrig waren, um den damaligen Lebensunterhalt zu bestreiten, deshalb mußten auch die Lohnsteigerungen in der Textilindustrie heute höhere sein als die in den anderen Industrien, wenn die Textilarbeiterschaft nicht einer schlechteren Ernährungsweise als die übrige Arbeiterschaft unterworfen werden soll. Trotzdem lehnten die Arbeitgeber den Schiedsspruch ab. Durch diese Ablehnung bekundet der Süddeutsche Textilarbeiter-Verband, daß er der Vortrupp des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes sein will im Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Was der württembergischen Textilarbeiterschaft bevorsteht, können wir aus dem Kampf, der in Baden entbrannt ist, ent-

nehmen. Unterliegt die Textilarbeiterschaft in Baden in ihrem gerechten Kampfe, so werden es sich die württembergischen Textilarbeiter nicht nehmen lassen, auch in Württemberg der Arbeiterschaft den Daumen aufs Auge zu drücken. Wir haben uns also bereitzustellen, um den Kampf, der uns von dem Süddeutschen Textilarbeiterverband aufgezungen wird, aufzunehmen. Sollten einzelne Arbeitgeber auf dem Standpunkt stehen, daß der alte Tarifvertrag solange besteht, bis ein neuer abgeschlossen ist, so ist dieser Standpunkt doch nicht maßgebend für die übergröÙe Mehrzahl der württembergischen Textilarbeiter. Diese Arbeitgeber stehen nur deshalb auf dem Standpunkt, der alte Tarif bestehe noch weiter, weil sie, wie z. B. die Spinnereien, Rohwollereien, Zwirnereien und Bleichereien, noch auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen sind, ihnen also ein Kampf zurzeit sehr unangenehm sein würde. — In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß auch die Süddeutsche Baumwoll-Industrie in Kuchen und Ulmstadt einen Konflikt mit der Arbeiterschaft herbeiführen möchte, zwar nicht um Lohnstreitigkeiten, die die Firma fürchtet, sondern um die Rechte des Arbeiterrats. Die Firma versucht, die Rechte, die der frühere Arbeiterrat innehatte und die ihm auch nach dem Betriebsrätegesetz zustehen müßten, für den neuen Arbeiterrat illusorisch zu machen. Die Firma ist mit dem Ausfall der Wahl zum Arbeiterrat nicht zufrieden, wie es scheint, auch nicht die Beamten der Firma. In einem Schreiben der Firma an den Vorsitzenden des Betriebsrats, der zugleich auch Vorsitzender des Arbeiterrats ist, wird demselben mitgeteilt, daß von jetzt ab dem Arbeiterrat zu seinen Sitzungen ein anderer Raum zur Verfügung gestellt wird. Dieser Raum dient jedoch zu allem Möglichen. So zur Aufbewahrung der Geschäftsbibliothek, der Fahrten und sonstigen Utensilien des Gesangsvereins und des Turnvereins, der Instrumente der Musikkapelle, der Fahrräder, der Utensilien der Portiers und Nachtwächter, der Winterfenster, Plakate, Koffer, Risten und dergleichen. Ein Tisch ist in diesem Raum jedoch nicht vorhanden. Die Firma will auch für den Vorsitzenden des Arbeiterrats nur einmal in der Woche zu sprechen sein, ausgenommen ganz dringende Fälle. Was dringende Fälle sind, bleibt Geheimnis der Firma. Dem Vorsitzenden des Arbeiterrats wird in diesem Schreiben verboten, andere Räume des Betriebes zu betreten, was einer Einengung der Tätigkeit des Arbeiterrats gleichkommt. An Sitzungen, zu welchen die Firma eingeladen wird, nimmt diese nicht teil. Wie und wann bei einer solchen Firma nun Beschwerden oder Mißstände abgeholfen werden soll, bleibt auch Geheimnis der Firma. So werden z. B. die Unfallverhütungsmaßnahmen nicht eingehalten. Bei der Transmiffion fehlt ein Schutzhelmen, die Schützenfänger sind nicht in gutem Zustande. An einzelnen Stühlen fehlen dieselben. Die Ventilatoren in der Carderie sind nicht in der Lage, jetzt, wo schlechte Baumwolle verarbeitet wird, für gute Luft zu sorgen. Die Aborte sind in schlechtem Zustande, hauptsächlich in der Carderie. Für den ganzen Betrieb, in dem über 600 Arbeitnehmer beschäftigt werden, ist nur eine Puhfrau. So ist es vorgekommen, daß der Abort in der Carderie vom November 1920 bis April 1921, also fünf Monate, nicht gehörig gereinigt worden war, trotzdem in der Arbeitsordnung steht: die Aborte sind täglich zu reinigen. Herr Obermeister Thurner Vorsitzender des Angestelltenrats, behauptet, daß sich eine Puhfrau zur täglichen Reinigung der Aborte nicht finde. Die Badeeinrichtung, welche in letzter Zeit geschlossen war, sieht nur zwei Badewannen vor: eine für Herrschaften, die andere für deren Kinder. Kamen Arbeiter, so hieß es, es ist kein warmes Wasser mehr vorhanden. Bei der jetzigen Badeeinrichtung können die Arbeiter und Arbeiterinnen nur alle zwei Jahre einmal in den Genuß eines Bades kommen. Und trotzdem findet es die Firma eigentümlich, daß der Arbeiterrat die Öffnung der Badeanstalt verlangt und daß noch mehr Bäder zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Firma beweist, daß die Arbeiterschaft überhaupt baden will. Wenn in der Arbeitsordnung steht: Jeder Arbeiter hat pünktlich zur Arbeit zu erscheinen, so ist es mehr als verwunderlich, wenn dieselbe Firma jeden Tag den Betrieb fünf bis sechs Minuten länger laufen läßt. In den Wohnhäusern der Kolonie fehlt es in den größeren Häusern an Treppenbeleuchtung, trotzdem elektrische Anlagen vorhanden sind und die Firma eigene Stromerzeugung hat. Auch müssen die Arbeiter ihr Holz auf der Straße liegen lassen, im Gegensatz zu den Angestellten. Für diese wird sofort auf Beschwerden ein Holzgeläß zur Verfügung gestellt. Zur Ehrung der im Kriege Gefallenen ist eine Tafel wohl geschaffen, jedoch für Aufstellung hat die Firma bisher keine Sorge getragen; die Tafel steht in irgendeinem Raume in der Ecke, wo sie verschmutzt und verformt. Hieraus kann die Arbeiterschaft wieder ersehen, was es heißt: „Wir wissen unseren Gefallenen Dank.“ Reduzierungen der Akkordlöhne nimmt die Firma vor, ohne sich vorher mit dem Arbeiterrat ins Benehmen zu setzen. So wird dem Arbeiterrat auch das Schema zur Berechnung der verschiedenen Akkordlöhne vorenthalten. — Kollegen und Kolleginnen, so sieht es in einem Betrieb aus, dessen Leitung tonangebend im württembergischen Textilarbeiterverband ist und dessen Direktor immer von seiner Arbeiterfreundlichkeit spricht. Es ist wieder an der Zeit, daß ihr die Verammlungen regelmäßig besucht und alle Arbeiter und Arbeiterinnen in denselben erscheinen, um der Firma zu zeigen, daß ihr willens und entschlossen seid, aus dem Betrieb der Süddeutschen Baumwoll-Industrie wieder einen Betrieb zu machen, wo nicht nur der Herr Direktor oder sein Stellvertreter sagen darf: „Ich bin Herr im Hause“, sondern wo auch ihr ein Wort mitsprechen dürft.

Biersen. Berechnung von Tariflöhnen. Betriebsratsmitglieder, lernt das Berechnen der Tariflöhne! Könnt ihr die Tariflöhne nicht richtig berechnen, wißt ihr die Bestimmungen des Tarifs nicht richtig auszulegen — das gilt ganz besonders von den Bestimmungen der Akkordlohnberechnung —, so werden die Akkordlöhne zu niedrig bemessen, der tarifliche je zahlende Lohn wird nicht gezahlt. Ein interessantes Beispiel sei dafür aus dem Betriebe der Firma Pongs u. Zahn in Biersen angeführt:

In der Abteilung Rordweberei werden 25 Weber beschäftigt. Laut Tarif muß der 60. v. Hundert — das ist in diesem Fall der 15. Weber — noch 5,49 M. pro Stunde verdient haben. Bleibt der 15. Weber unter 5,49 M. pro Stunde, so sind die Akkordlöhne zu erhöhen. Die Firma glaubte aber, das Recht zu haben, erst Minderleistungsfähige auszuschalten zu können und dann den 60. v. Hundert als maßgebend für die Akkordlohnfestsetzungen berechnen zu können. Statt des 15. Webers nahm sie den 8. Weber. Die Folge war: zu niedrige Ansetzung der Akkordlöhne.

Unsere Geschäftsleitung in Biersen erhielt Kenntnis von der nicht richtigen Anwendung des Tarifs. Zunächst galt es, Klarheit darüber zu schaffen, ob die Firma den Tarif so auslegen konnte, daß Minderleistungsfähige ausgeschaltet werden können. Rechtsanwält Arz, Syndikus des M.-Gladbacher Arbeitgeberverbandes, Paul Vater, Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, W. Hermes, Geschäftsführer des christl. Textilarbeiter-Verbandes, die den Tarif im Dezember 1920 in M.-Gladbach mitgeschaffen haben, äußerten sich dahin, daß in keinem Fall erst Minderleistungsfähige von der Lohnberechnung auszuschalten sind; der Tarif sage klar, daß der 60. v. Hundert jeder Akkordgruppe den für ihn maßgebenden Lohnsatz noch erreichen muß, die weiteren 30. v. Hundert begrenzt unter den Tariflohn sinken können, und daß die letzten 10 v. Hundert auf ihren persönlichen Verdienst beschränkt bleiben, also als Minderleistungsfähige anzusehen sind. Die Firma Pongs u. Zahn hat danach erklärt, daß sie den Tarif von nun an so anwenden wolle. Um die Differenzen mit den Rordwebern auszugleichen, einigte man sich dahin:

1. Die Rordweber werden nicht mehr als Gruppe für sich, sondern mit den übrigen vier Stuhlwebern zusammen verrechnet. Sie

erhalten gemäß dem Tarif für Rord einen Zuschlag zum Gesamtlohn von 5 Prozent.

2. Die Akkordlöhnsätze werden ab 4. April um 5 Prozent erhöht.

3. Allen 25 Rordwebern wird für die Zeit vom 14. Dezember 1920 bis 7. März 1921 zu dem verdienten Lohn ein Zuschlag von 5 Prozent nachgezahlt.

4. Die Klage der Rordweber wird zurückgezogen.

Die Nachzahlung beträgt pro Weber gegen 150 Mark.

Briefkasten.

S. D. 100. Von Tuchhandlungen in Palästina, von denen Sie an die C. T. schreiben, weiß diese auch nichts, nur von einer Neugründung einer Tuchfabrik. Eine Adresse kann man noch nicht angeben; erfährt man eine solche, will man sie uns mitteilen, und wir werden sie Ihnen dann an dieser Stelle übermitteln.

Literatur.

Soeben ist im Verlage von J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: **Gewerkschaftliche Probleme.** Beiträge zu den neuen Aufgaben der Gewerkschaften von **Karl Zwimg.** Preis 5 Mark.

Schlichtungsausschuß Groß-Berlin. Das Mitteilungsblatt des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, 2. Jahrgang, enthält in den bis jetzt erschienenen Heften 1—18, außer der regelrechten Veröffentlichung von Schiedssprüchen und Entscheidungen grundsätzlicher Bedeutung, die für das Schlichtungsverfahren geltenden Verordnungen, Gesetze und Bescheide der in Frage kommenden Behörden wie auch der gerichtlichen Instanzen folgende, für das neue Arbeitsrecht aus der Feder bekannter Arbeitsrechtler wichtige und wertvolle Aufsätze.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Samstag, den 8. Mai, ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

Für die Filiale Rheine i. Westf. aneres Verkaltes wird ein Geschäftsführer gesucht. Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Bezirk befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten und (handschriftlich) selbst geschriebenen Aufsatz über die Aufgaben eines Geschäftsführers und mit schriftlichen dem Kennwort „Gewerkschaft“ versehenen Bewerbungen bis zum 21. Mai d. J. wenden an den Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Berlin D. 27, Magazinstr. 6-7. Bedingung ist: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Angabe der Beitragsklasse sowie des parteipolitischen Organisationsstandes. Zeugnisse u. dgl. wolle man nur in Abschrift beilegen. Gehalt nach den Beschlüssen des Bezirks vom 8. bis 10. Dezember 1920. Das erste Amtsjahr ist Probejahr, währenddessen beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig ist. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

- Gau Cassel.** Herolz und Lauterbach sind ab 1. 4. 1921 mit der Filiale Fulda verschmolzen.
- Gau Stuttgart.** Ura. K. und Geschäftsführer G. Lotterer, Werbleiche 11. Tel. Nr. 81. Freiburg i. Breisgau. V. Heinz Kadatt, Schwarzwalddstraße 48.
- Gau Augsburg.** Marktredwitz. V. Johann Kitzbringer, Dörflas 6. Marktredwitz Nr. 60.
- Rördlingen.** V. Gottfried Füllemann, Gerbergasse C. 165. K. August Kaiser, Hallergäßchen A. 116.
- Gau Berlin.** Lübben v. Paul Hildebrand, Lindenstr. 25. K. B. Imre, Hinter der Mauer 8. Malchow v. Walter Krause, Roonstr. 508 e.

Mitglieder-Versammlungen.

- Bernau.** Montag, 16. Mai, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Halberstadt.** Mittwoch, 11. Mai, im „Anker“.
- Hildesheim.** Dienstag, 10. Mai, Gewerkschaftshaus, Golschenstraße 23.
- Leisnig.** Donnerstag, 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Sorge“.
- Münzberg.** Sonntag, 15. Mai, im „Freischütz“, Bankgasse 3.
- Schlotheim.** Montag, 16. Mai, abends 8 Uhr, im „Ratskeller“.

Totenliste.

- Nagel.** Frau Agathe Mines, Wöfferin, 32 Jahre, Lungenerkrankung.
- Augsburg.** Martin Eschenlohr, Färbereiarbeiter, 65 Jahre,

- Schlaganfall. Johann Hufnagel, Magazinarbeiter, 49 Jahre, Unfall.
- Bamberg.** Georg Bauer, 58 J., Lungenerkrankung.
- Baun.** Max Heinze, Tuchmacher, Kriegsfolgen.
- Berlin.** August Pietich, Arbeiter, 69 Jahre, Gehirnschlag, Bruno Rinert, Arbeiter, 27 Jahre, Herzschlag.
- Bollenshain.** Johann Richter, Arbeiter, 63 Jahre, Gehirnerweichung.
- Breslau.** Berta Hallmann geb. Sabel, Weiferin, 35 Jahre, Wochenbett.
- Chemnitz.** Lina Emma Sonntag, Repassiererin, 67 Jahre, Influenza. Hedwig Schulze, Andreeherin, 36 J., Lungenerkrankung. Willy Ransft, Andreeher, 27 Jahre, Lungenerkrankung. Otto Herm. Steidel, Weber, 66 Jahre, Mfisma. Ernst Paul Großer, Arbeiter, 37 Jahre, Hermann Rüdiger, Werfmeister, 73 J., Altersschwäche. Bius Nowak, Spinnereiarbeiter, 29 Jahre, Martha Träupmann, Arbeiterin, 27 Jahre, Gehirnschlag. Crimmitschau. Albin Bierdögel, Reifer, 60 J., Klara Winkler, Hilfsarbeiterin, 20 J., Emil Sacke, Weber, 65 J., Lina Lunde, Andreeherin, 18 J., Martha Schubert, Zwirnerei, 41 J., Karl Gösfert, Färbereiarbeiter, 72 J., Bernhard Kresse, Spinnmeister, 57 J.
- Chemshorn.** Katharina Kampmeier, 69 J., Krebs.
- Gummersbach.** Olga Renfer, Deftinghauser, 18 J., Prostatarientrankeheit.
- Gronau i. W.** Gesina ten Kate, Rindspinnerin, 21 J., Blutvergiftung.
- Hamburg.** Emma Bisking, Arbeiterin, 33 J., Herzfehler.
- Kaltenslautern.** Konrad Conrad, 49 J., Lungenerkrankung.
- Leipzig.** Otto Rohn, Werkmeister, 59 J., Nierenleiden.
- Quedlinburg.** Wilhelm Thiele, Weber, 63 J., Magenkrebs. Auguste Henkel, Kremlerin, 65 J., Grippe.
- Walsdorf i. Mecklenburg.** Friedrich Bünker, Weber, 64 J., Lungenerkrankung.
- Ohorn.** Eduard Riegenbals, Gärtner, 67 J., Nfsmaleiden.
- Pflaun i. B.** Paul Schloel, Drucker, 47 J., Herzschlag. Michael Friedrich, Füllweber, 36 J., Herzleiden. Bernhard Rant, Weber, 74 J., Altersschwäche.
- Pulsnitz (M.-S.).** August Hartmann, Arbeiter, 62 J., Herzleiden.
- Thalheim n. Umg.** Otto Hechtel, Zmönik, 56 J., Ruhrkrankheit.
- Weida.** Karl Wbrisch, Weber, 34 J., Lungenerkrankung.
- Werdau.** Georg Stumpf, 55 J., Gehirnschlag. Carl Börner, 60 J., Altersschwäche.
- Zwickau.** Emil Wettermann, Hausweber, Müllen St. Jakob, 71 J., Schlaganfall. Bruno Freitag, Weber, Müllers St. Jakob, 21 J., Lungenerkrankung.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 7. Mai

Verlag: Karl Hübsch in Falkenberg. Alt-Gliencke. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dresler in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin O 2, Breite Straße 8/9

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter